

Haushaltsrede von Bürgermeister Alfred Schmidt zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2020

Gehalten im Rat der Gemeinde Anröchte am 10.12.2019.

Es gilt das gesprochene Wort.

Online als PDF-Download verfügbar unter www.anroechte.de

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates, verehrte Gäste, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, verehrte Vertreter der Presse,

der Haushalt bildet die gesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung ab und erlaubt es, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel selbst über das ob, wie und was der Leistungserstellung zu bestimmen.

Der Haushaltsplan, den ich Ihnen heute im Entwurf vorlege, entspricht den Anforderungen, welche der Gesetzgeber mit dem 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz in der Gemeindeordnung und der Kommunalhaushaltsverordnung festgelegt hat. Die nun verpflichtenden zusätzlichen Elemente waren größtenteils schon in den früheren Plänen enthalten. Der Vorbericht gibt Ihnen eine Übersicht über die vorgenommenen Ergänzungen. Der Entwurf beinhaltet die mittelfristige Finanzplanung bis 2023.

Einen Haushalt für das Folgejahr aufzustellen, ist nicht nur die wichtigste, sondern auch die mithin schwierigste Aufgabe. Denn für die Vorausschau auf die Einnahmen und Ausgaben müssen Kennzahlen ermittelt und Prognosen angestellt werden.

Ein früherer Präsident des Deutschen Städtetages hat sich einmal dazu geäußert und gesagt: „Prognosen haben zwei Eigenschaften: Sie stimmen nie genau, aber sie stimmen immer mehr als gar keine Prognosen.“

Insbesondere in den letzten Jahren stellen wir fest, dass die Jahresabschlüsse besser waren als die Planungen.

Die Entwicklung der Gewerbesteuer und weitere besondere Effekte haben in der Vergangenheit dazu geführt, dass wir noch nie dagewesene Überschüsse zu verzeichnen hatten:

2016:	1,6 Mio EUR
2017:	2,1 Mio EUR
2018:	3,3 Mio EUR (vorläufig)

Diese Überschüsse haben wir unseren Rücklagen zugeführt. Die Ausgleichsrücklage weist mit Stand Ende 2018 einen Betrag von 7,7 Mio EUR auf, die Allgemeine Rücklage wurde auf 8,8 Mio EUR aufgestockt.

Das Haushaltsjahr 2019 wird nach derzeitigem Erkenntnisstand kein Defizit ausweisen. Somit liegen wir im ablaufenden Jahr besser als Anfang des Jahres vorgesehen. Ich werde später noch auf die Perspektiven der nächsten Jahre eingehen.

Beim Blick auf unseren Haushalt gibt es einige Steuerungsgrößen, die der besonderen Beachtung bedürfen:

Defizit in 2020 von ca. 650.000 EUR

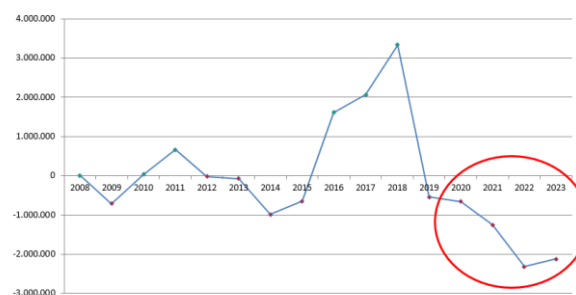
In den letzten konjunkturell starken Jahren konnten wir – ich habe es bereits ausgeführt – die Ausgleichsrücklage erhöhen. Auf dieser Grundlage können die anstehenden Veränderungen mit voraussichtlich schlechteren Ergebnissen im Mittelfristzeitraum bis 2023 aufgefangen werden.

Das Haushaltsvolumen ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu gleichbleibend. Der Ergebnisplan wächst leicht an, allerdings gehen dort die Erträge zurück, während die Aufwendungen leicht ansteigen.

Im Ergebnis führt dies dazu, dass wir Ihnen einen Haushaltsplanentwurf vorlegen, der mit einem Defizit im Ergebnisplan von ca. 650.000 EUR abschließt.

Dieses Defizit lässt sich durch eine entsprechende Entnahme aus der Rücklage ausgleichen. Unser Haushalt 2020 ist damit „fiktiv“ ausgeglichen.

Jahresergebnisse in Mio €

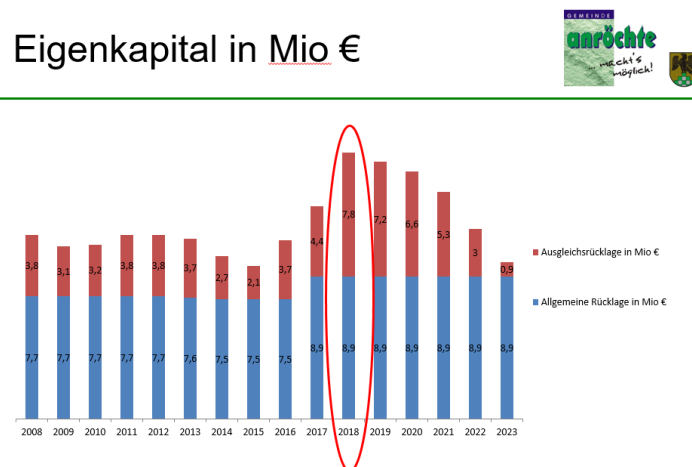


Unsere Kämmerin, Frau Bosäck, wird Ihnen gleich weitere Eckpunkte und Trends des Haushalts 2020 vorstellen.

Lassen Sie mich vorab einige grundsätzliche Ausführungen dazu machen.

Entwicklung der Ausgleichsrücklage:

Das vorläufige Ergebnis für das Jahr 2018 beläuft sich auf ein Plus von ca. 3,3 Mio. EUR. Den Überschuss führen wir der Ausgleichsrücklage zu. Auch das Jahr 2019 – davon gehen wir fest aus – wird besser abschließen als ursprünglich geplant. Es wird sich ein weiterer finanzieller Puffer für die Folgejahre ergeben.



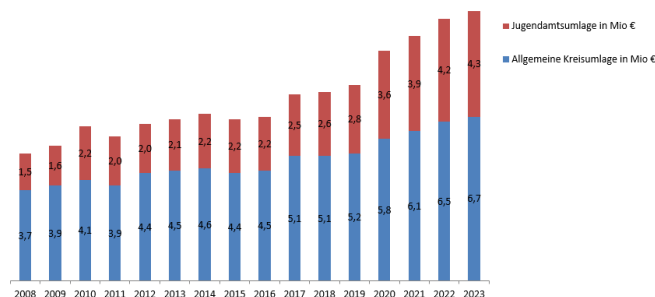
Vorausgesetzt, die Rahmenbedingungen gestalten sich in den nächsten Jahren so, wie wir sie dargestellt haben, gehen wir davon aus, dass unsere Ausgleichsrücklage bis 2023 ausreicht, um die anfallenden geplanten Defizite abzufangen.

Entwicklung der Kreisumlage:

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
mit Erschrecken nehmen wir als kreisangehörige Kommune die Entwicklung der Kreis- und der Jugendamtsumlage zur Kenntnis. Diese umfassen einen erheblichen Anteil an den Gesamtaufwendungen und sind für uns nicht beeinflussbar.

Die extremen Steigerungen der Kreislaufwendungen werden an die Kommunen weitergegeben, anders ausgedrückt: Die Fehlbedarfe werden auf die Kommunen abgewälzt. Dieses Umlagesystem führt zu Ungerechtigkeiten.

Kreisumlagen in Mio €



Uns allen ist klar, dass der Kreis Soest Aufgaben zu erfüllen hat und dafür eine entsprechende Finanzausstattung benötigt. Natürlich gibt es – wie bei uns – tarifliche Steigerungen. Gleiches gilt für steigende Sozialleistungen, die insbesondere beim Landschaftsverband für Behinderte aufzubringen sind. Aber gleichzeitig gibt es Gestaltungsmöglichkeiten, wahrscheinlich beim Landschaftsverband, aber mit Sicherheit auch beim Kreis Soest selbst. Finanzpolitik ist ein sehr komplexes Thema.

Genau deshalb muss man sich auch genauer damit auseinandersetzen. Das tun die Bürgermeister und Kämmerer der kreisangehörigen Kommunen mit dem Hinweis auf die Durchführung und den Standards, die der Kreis für die pflichtigen Aufgaben setzt, seit Jahren. Leider – so ist mein Empfinden – relativ erfolglos.

Meine Damen und Herren,
im Folgenden möchte ich Ihnen die wesentlichen Daten des Ergebnisplanes vorstellen:

Wir planen für das kommende Haushaltsjahr bei der **Gewerbsteuer** einen Ansatz von 7 Mio EUR. Die Gewerbsteuer hat in den letzten drei Jahren wesentlich zu den Überschüssen im Haushalt geführt. Ich bin bereits zu Beginn meiner Rede hierauf im Detail eingegangen. Seit 2017 können wir Einnahmen von über 8 Mio EUR verzeichnen. Die Entwicklung der Gewerbesteuern spricht für die Stärke unseres Wirtschaftsstandortes.

In Anbetracht der sich abzeichnenden gesamtwirtschaftlichen Situation haben wir den Ansatz konservativ angesetzt.

Gewerbsteuer in Mio €



Personalaufwendungen:

Bei den Aufwendungen sei ein Wort zu den Personal- und Versorgungsaufwendungen gesagt, die sich mit einer Summe von ca. 60.000 EUR darstellen.

Diese Erhöhung ergibt sich trotz der insgesamt geringfügigen Stellenreduzierung aus der Berücksichtigung der beschlossenen Besoldungs- und Tarifierhöhungen.

Wo wir gerade beim Personal sind:

Eine Stelle der Besoldungsgruppe A13 gD wurde in eine Stelle A13 hD ohne finanzielle Auswirkungen umgewandelt. Bei der Gesamtzahl der Beamtenstellen gibt es mit 7 Personen keine Änderung.

Die Gesamtzahl der Stellen der Tarifbeschäftigten hat sich um 0,60 Stellen verringert von 101,10 Stellen im Jahr 2019 auf 100,50 Stellen im Jahr 2020.

Im Bereich der allgemeinen TVöD-Beschäftigten erhöht sich die Anzahl der Stellen leicht um ca. 0,70 Stellen. Es wird nach dem Beschluss des Medienentwicklungsplans 2019/2020 eine zusätzliche Stelle im IT-Bereich (EG 8) geschaffen. Eine Stelle der EG 14 ist weggefallen. Die Stelle war bereits mit einem kw-Vermerk versehen.

Des Weiteren kam es bei einigen Stellen aufgrund von Stellenbewertungen zu Höhergruppierungen.

Im Sozial- und Erziehungsdienst gibt es eine Verringerung von ca. 1,3 Stellen. Die Stellenreduzierung im Bereich Sozial- und Erziehungsdienst resultiert aus den von den Erziehungsberechtigten gebuchten Betreuungszeiten und der Integrationsbetreuung im Rahmen des KiBiz. Diese

Betreuungszeiten variieren gewöhnlich noch im Laufe des Kindergartenjahres.

Einige Anmerkungen zum Finanzplan:

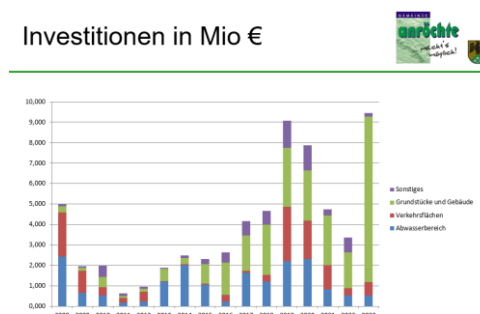
Der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit beläuft sich auf 7,9 Mio EUR und liegt damit unter Vorjahresniveau. Die einzelnen Maßnahmen sind mit entsprechenden Beschreibungen im Haushaltsplan dargestellt.

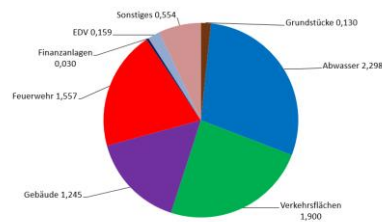
Abzüglich der Einzahlungen ergibt sich ein negativer Finanzierungssaldo von ca. 3,1 Mio. €.

Die kostenintensivsten Investitionen beinhalten

- den Neubau des FWGH in Berge,
- den mit 90% geförderten Ausbau der barrierefreien Buswartehallen,
- die Anbindung der Daimlerstraße an die L 808 (Kliever Straße) und den Endausbau der Daimlerstraße
- sowie umfangreiche Maßnahmen im Abwasserbereich.

Darüber hinaus ist die Umsetzung unseres Förderprojektes „Umbau Südhalle“ mit 600.000 EUR veranschlagt. Das Förderprogramm ist mehrfach überzeichnet. Trotz der großen Nachfrage im Regierungsbezirk hoffe ich auf einen positiven Bescheid im Sommer 2020.





Bereits in meinen vorangegangenen Haushaltsreden habe ich zur Diskussion über die **Qualität des Gemeinwohls** angeregt. Um dieses zu steigern, haben wir in den letzten Jahren gute Projekte umgesetzt.

Ich erinnere an die richtungsweisende Entscheidung für unser Waldfreibad, Breitbandausbau in allen Ortsteilen, Baulandbereitstellung, Gewerbeflächenentwicklung, unseren Kunstrasenplatz, den Bikepark, die begonnene Umgestaltung des Schulzentrums inkl. technischer Sanierung mit dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“, Medienentwicklung in den Schulen, den Garten der Erinnerung mit Förderung aus dem Regionalbudget, den jetzt angestoßenen Umbau des Bürgerhausvorplatzes zum Generationenplatz mit LEADER-Mitteln.

Dazu gehört aber auch ein großes JA zu den Investitionen in unsere Feuerwehr und die geplanten Anpassungen an den Standorten in Altengeseke und Mellrich.

Insbesondere der geplante Neubau am Standort Anröchte wird sowohl der Verwaltung als auch der Politik einiges abverlangen. Mein Angebot an die Fraktionen zur Teilnahme an einer begleitenden Arbeitsgruppe

möchte ich hier nochmal wiederholen und Sie bitten, neben den Beratungen zum Haushalt auch über dieses Thema zu sprechen und mir im Laufe des Januars dazu eine Rückmeldung zu geben.

Mit den Planungen werden wir im nächsten Jahr beginnen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

nie haben sich die Warnungen der Klimaforscher so konkret angefühlt wie im vergangenen und diesem Jahr: Extreme Hitze und Trockenheit, orkanartige Winde und Starkregen sind immer häufiger auf der Wetterkarte zu sehen. Bundesweit und auch in Anröchte gibt es Demos für den Klimaschutz.

Ich habe mich vor einiger Zeit dagegen ausgesprochen, für unsere Gemeinde den Klimanotstand auszurufen, denn unsere kommunalen Möglichkeiten sind begrenzt. Dennoch haben wir schon einiges unternommen und sind auf einem guten Weg. Das zeigt u. a. auch die heutige Tagesordnung.

Einige Beispiele:

Im Planungsrecht zeigen sich Politik und Verwaltung offen für Windkraftanlagen, Biogasanlagen mit Nahwärmenetzen, Freiflächenphotovoltaikanlagen.

Unter dem Aspekt der „energetischen Sanierung“ haben wir insbesondere unsere Dreifachsporthalle mit Bürgerhaus, das Schulzentrum (Stichwort BHKW und LED) und unser Waldfreibad grundlegend neu und zukunftsweisend aufgestellt.

In Anröchte und Altengeseke sind bereits mit großem Erfolg Obstbäume an Wirtschaftswegen gepflanzt worden. Weitere Ortschaften folgen.

Dank meiner Aktion „Wurzeln in Anröchte“ haben in den letzten Jahren bereits mehr als 300 Obstbäume einen Standort in den heimischen Gärten unserer jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger erhalten.

Natürlich können wir trotz aller Bemühungen noch mehr tun. Aber nicht ideologisch, sondern sachbezogen. Nicht symbolisch, sondern strategisch. Nicht aktionistisch, sondern nachhaltig. Ich bin mir sicher, dass uns das gelingen wird.

Die heute unter einem anderen Tagesordnungspunkt zu beschließenden Photovoltaik-Anlagen auf drei gemeindlichen Objekten sind ein weiterer Schritt in die richtige Richtung.

Wie sie vielleicht mitbekommen haben, hat der CDU Kreisparteitag sich im Herbst d. J. das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 für jeden Einwohner des Kreises einen Baum zu pflanzen.

Daraufhin habe ich direkt Kontakt zur CDU des Kreises aufgenommen und die ca. 11.000 Bäume für unsere Gemeinde bereits angefordert.

Spitzahorn, Elsbeere, Stieleiche, Traubeneiche und Hainbuche, das sind die Sorten, die auf den durch Borkenkäfer und Trockenheit freigewordenen Flächen im Forst gepflanzt werden können. Eine Zusage der Kreis-CDU steht noch aus ...

Zusammenfassung:

Meine Damen und Herren, bei einer zusammenfassenden Betrachtung der Haushaltswirtschaft des Jahres 2020 und der folgenden Finanzplanung muss abermals nüchtern festgestellt werden, dass unsere bisherigen Entscheidungen stark überlagert werden durch externe, nicht beeinflussbare Effekte.

Hier zeigt sich übrigens das ganze Dilemma kommunaler Bemühungen. Diese Form der Arbeit ist nicht wirklich konstruktiv. Umso mehr gilt mein Dank der Kämmerin Karin Bosäck, ihrem Team in der Finanzverwaltung, den Amtsleiterinnen und Amtsleitern und allen Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung, die sich angesichts äußerst schwieriger Rahmenbedingungen – verursacht durch eine hohe Belastung der Gesamtverwaltung – in den Prozess der Haushaltsplanaufstellung eingebracht haben.

Meine Damen und Herren: Schauen wir hoffnungsvoll in die Zukunft und gestalten diese zum Wohle unserer Gemeinde.

Ich wünsche Ihnen konstruktive Beratungen. Frau Bosäck und ich stehen Ihnen für weitere Erläuterungen gern zur Verfügung.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Alfred Schmidt
Bürgermeister